



München, 05.04.2022

Jahresbericht 2022

Elektronische Zahlungsabwicklung in der Staatsverwaltung (TNr. 47)

Ernüchternde ePayment-Bilanz

58 Cent kostete von 2017 bis 2020 im Durchschnitt jeder Euro, den der Freistaat elektronisch für staatliche Verwaltungsleistungen eingenommen hat – das ist die bisherige ernüchternde Bilanz dieser elektronischen Zahlungsabwicklung. Der ORH stellte fest, dass dabei in diesem Zeitraum nur 2,7 Millionen Euro elektronisch eingenommen wurden; die Kosten betragen 1,6 Millionen Euro. Insgesamt belaufen sich die Kosten für das seit 2007 sehr schleppend umgesetzte staatliche ePayment-System auf mittlerweile 3,5 Millionen Euro. Bisher bieten insgesamt nur sechs Behördenzweige diese internetgestützte Bezahlungsmöglichkeit in ihren Webseiten oder Webshops an. Das Potenzial des ePayments wird damit bei weitem noch nicht ausgeschöpft, meint der ORH.

Dass der Freistaat neben seinem staatlichen System noch zusätzlich ein weiteres ePayment-System für Zwecke der bayerischen Kommunen mit 2 Millionen Euro jährlich finanziert, hält der ORH für klar unwirtschaftlich. Diese Parallelität von staatlichem und kommunalem ePayment-System widerspricht auch dem Grundgedanken der Vereinheitlichung von IT-Verfahren. Der Freistaat hat mit den Kommunen eine deutlich beschleunigte Digitalisierung beschlossen; um die voranzubringen, sollte die Verwaltung dringend beide ePayment-Lösungen vergleichen und dann auf eine einheitliche wirtschaftliche ePayment-Lösung zielen.

Ursprünglich sollte den Freistaat 2005 eine Software des Bundes zur elektronischen Zahlungsabwicklung zunächst einmalig 85.000 Euro kosten. Aufgrund eines damaligen Kapazitätsengpasses beim Anbieter entschied sich das Finanzministerium dann 2008 für eine alternative Software. Dadurch entstanden, nicht zuletzt wegen Mängeln im Projektmanagement des staatlichen ePayment-Systems, erhebliche Verzögerungen und Kostensteigerungen. Letztlich stand der Staatsverwaltung 2016, also neun Jahre nach dem Projektauftrag, immer noch kein geeignetes ePayment-System zur Verfügung. Die Kosten summierten sich bis dahin auf 1,9 Millionen Euro. Und bis 2020 beliefen sich die Gesamtkosten für die Einführung und Bereitstellung des staatlichen ePayment-Systems auf über 3,5 Millionen Euro. Dessen bisherige Nutzung bleibt allerdings weit hinter den Erwartungen an einen modernen, bürgerfreundlichen und wirtschaftlichen IT-Einsatz zurück und ist dringend verbesserungsbedürftig.